



Januar 1996

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde des IFF,

in den inzwischen zur Tradition gewordenen nachgereichten Neujahrsgrüßen, die gerade dann ein paar Reflektionen über das abgelaufene Jahr anbieten, wenn das Neue schon begonnen hat, möchte ich Ihnen und uns in gleicher Weise alles Gute und und vor allem Durchhaltevermögen wünschen.

Wir werden es 1996 brauchen in einem Wirtschaftsleben, das immer mehr Arbeit auf immer weniger Personen verteilt. Für uns ist das Tempo der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors so atemberaubend, daß für den allmählichen Aufbau eines Funktionsäquivalentes, d.h. einer „sozialen Marktwirtschaft“ kaum Zeit bleibt. Zu einem Zeitpunkt, wo Wettbewerb, Leistungsprinzip und investives Denken sich teilweise wie Stützpfeiler oder reinigende Gewitter, teilweise aber auch wie die Braunkohlebagger im Tagebau in den sozialen und gemeinnützigen Teil unserer Gesellschaft eingraben, steht die Geldwirtschaft im Zentrum dieses Umstrukturierungsprozesses von der Arbeitsteilung zwischen *Sozialstaat* und freier *Marktwirtschaft* zu einer Wirtschaft, die soziale Chancengleichheit selber als Ziel integriert.

Solidarische Wirtschaft? „Mitmenschlichkeit“ und „Engagement für den Stadtteil und die Gemeinde“ nannte der Bundespräsident in seiner Neujahrsansprache Werthaltungen. Die UNO hat 1996 zum Jahr des „Kampfes gegen die Armut“ (sie sollte bescheidener die Bekämpfung der Verarmung zum Ziel erheben) erklärt. Wir im IFF wollen diese Zielsetzungen 1996 mit einem Thesenpapier zur „Solidarischen Geldwirtschaft“¹ diskutieren. Geldwirtschaft und Sozialwirtschaft zeigen sich dabei gegenüber ihrer Integration in gleicher Weise sperrig. Der verhängnisvolle Trends im Sozialsektor, unter stereotyper Beschwörung nostalgischer Zustände sich praktisch die Tagespolitik von den Launen der noch vorhandenen Geldgeber diktieren zu lassen, führt zur Produktion trauriger, demotivierender Abbaubilder, die vor allem psychologisch verheerend wirken. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der Geld und Elektronik alle Lebensbereiche durchdringt, brauchen wir eine konzeptionelle Grundlage, die für soziales Engagement und den Idealismus vor allem junger Menschen eine soziale und ökologische *Überlebensstrategie und Perspektive in der Marktwirtschaft* vermitteln kann.

Die „großen Lösungen“ haben ihre Faszination verloren. Milliardenprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut, Ansiedlung von Großindustrie als Beschäftigungs- und regionales Entwicklungsprogramm oder gar Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien nennen angebliche Wunderdrogen, sagen aber

¹ Solidarische Geldwirtschaft, Werkstattpapier IFF Hamburg 1995 (28 Seiten)

nichts mehr über ihre tatsächliche Wirkung aus. Die Lösungen liegen im Detail, in den alltäglichen Prozessen. Dabei wird weit mehr infrage gestellt als in den revolutionären Utopien des 19. Jahrhunderts.

Produktiver Konsum

Geht es wirklich noch um Arbeitsplätze oder eher um Einkommensgarantien für geleistete Arbeit? Sind nicht auch Einkommensgarantien zu kurz gedacht, weil mehr Einkommen ja nur ein problematisch gewordenen Kürzel für höheren Lebensstandard geworden ist, der besser durch den Begriff „Kaufkraft“ für nachhaltigen Konsum ersetzt werden sollte? Statt „arm“ und „reich“ geht es um Diskriminierung und Teilhabe, statt Zweit- und Drittwagen um Mobilität, statt Pay-TV um Kommunikation, statt Verfügung über Reichtum um seine Verwendung. Senkung der Arbeitskosten bei mehr Arbeitsplätzen und Sicherung des Lebensstandards sowie erhöhter privater Nachfrage kommt der Quadratur des Kreises nah. Der Ausweg wird in der Rationalisierung und Effektivierung des (scheinbar) privaten Konsums liegen. Kosteneinsparung und Nutzung konsumnaher unentlohnter Arbeit werden aller Voraussicht nach zu den entscheidenden Quellen volkswirtschaftlichen Produktivitätszuwachses im 21. Jahrhundert werden. Die Menschen werden, nachdem sie gemeinsam produzieren gelernt haben, auch das gemeinsame konsumieren lernen müssen. Die Verschwendung von Ressourcen im Konsum, wo die meistverkaufte Maschine, das Auto, einen Nutzungsgrad von gerade 3% aufweist, Wohngrundstücke durch Wohnideologien verzehrt und verbaut werden und dabei der Mangel an Gütern mit ihrem Zuwachs zunimmt, dies wird sich die sog. industrialisierte Welt nicht unendlich weiter leisten können. Daß dabei die Finanzdienstleistungen eine ganz entscheidende Rolle im Konsumsektor spielen, ergibt sich schon daraus, daß gemeinsame und intensivere Nutzung sowie Ausschöpfung bestehender Ressourcen nur über Geldmechanismen vermittelbar sind. Leasing, Vollfinanzierung, Gruppenversicherungen, Fonds, Risikoverteilung über Futures, virtuelle Aufteilung von Eigentumsrechten über Geldersatzmittel wie Plastikkarten und Teilhaberechte, Refinanzierungsfonds zur Investitionssteuerung, sowie die Schaffung privater gleichwohl jedoch kollektiver Geldvermögen in Pensionsfonds, Lebens- und Krankenversicherungen sowie Immobilien deuten an, daß nach der Produktion die Konsumtion zum Zentrum des Fortschritts wird.

„Überschuldung“

In unserem Schwerpunkt „private Überschuldung“ haben wir 1995 mehr über wirtschaftliche Reintegrationsmechanismen Überschuldeter, über an soziale Krisen angepaßte Finanzdienstleistungen sowie über die Verkäuflichkeit solidarischer Elemente im Geldangebot als über gesetzliche Verbote und Sittenwidrigkeitsverdikte der Rechtsprechung nachgedacht. Waren es vor 9 Jahren bei der Gründung des IFF noch vor allem Gerichte und Gesetzgeber, denen wir Aufgaben sozialer Gestaltung in Form kompensatorischer Gegenmacht für sozial schwache Verbraucher zuweisen wollten, so haben wir uns 1995 vor allem den Kopf darüber zerbrochen, wie verträgliche Lösungen zumindest partiell als Eigentinteresse der Geldwirtschaft gestaltet und vermittelt werden können. Dabei erhalten betriebswirtschaftliche Konzepte der corporate identity, der Image-Werbung, der Mitarbeitermotivation, der Rationalisierung im Massengeschäft sowie des wertbezogenen Marketings einen Stellenwert im sozialen Verbraucherschutz, der manchmal produktiver ist als die drohende Peitsche

staatlichen Eingriffs. Weit spannender aber noch sind Konzepte der Kostensenkung und der Risikominimierung bei Investitionen und Finanzdienstleistungen für Personen mit geringem Einkommen, wo die Gruppe sowie die Nutzung von Eigenarbeit und die Integration staatlicher Leistungen eine besondere Bedeutung erlangen.

Mindestgirokonto

Bei der Aktion für das Mindestgirokonto für sozial Schwache haben beide Tendenzen sich ergänzt. Während Sparkassen und Genossenschaftsbanken solche Konten in ihre Geschäftspolitik integrieren konnten, half bei den Privatbanken die Flut der Gesetzesinitiativen sowie die Drohung der CDU/CSU, sich bei mangelnder Einsicht auf Dirigismus zu besinnen. Inwieweit sich das verbale Engagement aller Bankenverbände umsetzt, ist ein weiteres Experimentierfeld für soziale Marktmechanismen. Nach us-amerikanischem Vorbild haben wir daher auch keinen Kontozugangszwang, sondern aus dem geltenden Recht einen schriftlichen Begründungszwang sowie ein Gleichbehandlungsgebot für die Kontoablehnung abgeleitet, in der Hoffnung, daß der Markt auch mit solchen Informationen etwas anfangen kann.

Neue Satzung

Auf unserer Mitgliederversammlung im Dezember haben wir den Namen des IFF auf „Institut für Finanzdienstleistungen e.V.“ beschränkt. Damit vollziehen wir ein Entwicklung des IFF nach, die den finanziellen wie sachlichen Schwerpunkt

- vom individuellen Nachfragerschutz auf dem Markt (, wie ihn der individuelle Verbraucherschutz in seinen Tests als Nutzenoptimierer und Schnäppchenjäger anspricht),
- über das Konzept des sozialen Verbraucherschutzes, bei dem die Konsumbedürfnisse auch derjenigen anerkannt werden, die über kein ausreichend nachfragewirksames Einkommen verfügen,
- immer mehr auf die community, d.h. einer Gruppe von in örtlichem Zusammenhang lebenden Menschen verlagert hat.

Drei Aufgaben

Damit wird nicht das Aufgabengebiet sondern die Perspektive, mit der wir die Aufgaben bewältigen, verändert. Unser Bankendienstleistungstest für den Stern¹ war ein Beispiel individuellen Verbraucherschutzes, der sich jedoch durch seine Perspektive, dem Ansatz an sozialen Bedürfnissen wie Urlaub, Altersvorsorge und Wohnen, von den Kostenminimierungstests absetzen sollte. In diesen Bereich gehören auch die Aktionen zur vorzeitigen Ablösung von Hypothekenkrediten, das Engagement für mehr Rationalität in der Zinsberechnung (Disagio, Kombinationsfinanzierung) sowie bei der Bausparfinanzierung.

Mit dem Schuldenreport 1995² sind unsere Vorstellungen über sozialen Verbraucherschutz, der weit in den Bereich der Wohlfahrtspflege hineinreicht, dokumentiert. Diese Erweiterungen sind inzwischen allgemein akzeptiert und haben zu Kooperationen etwa im Insolvenzausschuß der Sozialverbände geführt, die vor 10 Jahren noch nicht denkbar waren. Mit unserem Schwerpunkt Insolvenz für 1996 wird dieser Bereich vor allem durch das bevorstehende Inkrafttreten der Insolvenzordnung 1999 betont werden.

¹

² AgV;DRK;, Schuldenreport.....

Wir sind jedoch noch einen Schritt weitergegangen zu einer Perspektive, die bisher erst mit dem englischen Kürzel „Social Investment“ umschrieben ist und für die man Begriffe wie „nachhaltige Investition“, „sozial verantwortliche Finanzdienstleistungen“ oder ähnliches Bemühen könnte.

social Investment

Konsum läßt sich nicht vom Einkommen trennen. Die Menschen lassen sich unter den Bedingungen moderner Sozial-, Umwelt- und Familienprobleme nicht länger voneinander isoliert betrachten. Deshalb stand für uns schon immer die Finanzdienstleistung im Mittelpunkt, die alle diese Aspekte umfaßt. Statt uns an Banken, Versicherungen oder an Armen bzw. Verbrauchern zu orientieren ging es uns um einen Sachbereich, der auch vom außenstehenden Kritiker Kenntnis, Gestaltungsfähigkeit, Verständnis und Kompetenz abverlangt. Bei den neuen Themen im Bereich des social investment haben wir dabei vor allem von unseren Freunden im Birmingham Settlement bzw. bei den community development Organisationen in Chicago gelernt, bei denen es unter weit größerem privatwirtschaftlichen Druck schon länger um die marktwirtschaftliche Initiative zur Allokation von Finanzdienstleistungen gerade in risikoreichen und wenig profitablen Gebieten und Bereichen geht.

Wir haben uns mit Themen wie der Projektfinanzierung im Wohnungsbau für einkommensschwache Mieter, mit der Finanzierung kleiner und mittlerer Betriebe, von Existenzgründungen sowie mit sozial gebundenen Kapitalanlagen in strukturschwachen Gebieten beschäftigt. Drei Monate in Chicago, Los Angeles und an der Ostküste der USA mit vielen Interviews in Banken, bei Stadtentwicklungsagenturen, bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Betriebe haben neue Ideen und Produkte in unsere Arbeit eingebracht.

Für die internationale Entwicklungsagentur IRED-Nord sowie im Auftrag der OECD haben wir in Rom eine Konferenz über die strukturwirksamer Gründung und Finanzierung kleiner und mittlerer Betriebe in Entwicklungsregionen (Südeuropa, Afrika, Asien und Süd-Amerika) organisiert. Die Beiträge werden im Auftrag der OECD von uns publiziert. Während die Deutsche Forschungsgemeinschaft uns drei Monate nach unserem Forschungsprojekt und 12 Monate nach Antragstellung ohne Begründung die finanzielle Unterstützung verwehrt, hat der Sparkassen- und Giroverband uns einen Auftrag erteilt, zwischen dem System des amerikanischen Community Reinvestment und dem deutschen Regionalprinzip der Sparkassen zu vergleichen. Ideen für Wohnungsbaufinanzierung bei einkommensschwachen Bauherren sowie das System der amerikanischen Refinanzierung und ein Vergleich der europäischen Wohneigentumsförderung konnten dem Verband der privaten Bausparkassen „verkauft“ werden. Wir mußten hier zwar noch weit unter Kosten arbeiten, aber ohne die Aufträge wäre hier überhaupt nichts möglich gewesen. Zwei Modellstudien zur Finanzierung von Gewerbehöfen ebenso wie zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen für die aktuellen Nutzer wurden von privaten Auftraggebern bezahlt.

Existenzgründer

Mit den staatlichen Stellen, die eigentlich die geborenen Auftraggeber für unsere Suche nach Funktionsäquivalenten des Sozialstaates in der Wirtschaft wären, hatten wir die gleichen Erfahrungen wie mit der DFG. Nach einjährigen Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium Brandenburg, dem wir eine 50% Finanzierung der EU-Kommission für eine Studie mit Modellversuch zur präventiven Finanzierungs- und Krisenberatung bei Existenzgründern (zusammen mit der Schuldenberatungsstelle für gescheiterte Existenzgründer von JULATEG) anbieten konnten, erhielten wir die

endgültige Absage, weil keine 40.000.- DM verfügbar seien (während die Existenzgründerhilfen in die Millionen gehen, deren Effektivitätssicherung aber wohl kaum etwas wert ist). Wie viel sinnvolle und gerade für die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen wichtige Arbeit hier zu leisten wäre, zeigen uns die immer zahlreicher werdenden Gutachtenanfragen gescheiterter Mittelbetriebe, in denen sich erhebliche Mängel in der Art und Abwicklung der Fremdfinanzierung zeigen. Von unsinnigen Bereitstellungszinsen über Familienbürgschaften, die erst in der Krisensituation er“reicht“ wurden, über 16% Verzugszins etwa bei der Bayerischen Hypotheken und Wechselbank bis hin zur Verschleuderung von Sicherungsgut bei 40% des Marktwertes und gleichwohl voller Befriedigung der Gläubiger, dem Mißbrauch öffentlicher Kreditsubventionen für anfängliche Überfinanzierungen - KMUs werden in Deutschland immer noch wie kleine Großunternehmen (ohne Verhandlungsmacht) behandelt. Die Situation ähnelt dem Konsumkredit Anfang der 70ziger und der Baufinanzierung Mitte der achtziger Jahre, weil sich scheinbar bisher kein Externer um diesen Bereich gekümmert hat. IHKs beschränken sich auf Bildungshilfen, die Wirtschaftsministerien sinnieren über die Eigenkapitalquote der KMUs und die Vereine der Kreditgeschädigten beschränken sich auf Strafexpeditionen in den Medien.

Wohnungsfinanzierung

Auch in den staatlichen Milliardenprogrammen der Baufinanzierung ist kein Platz für Evaluation und „Rethinking“ der Finanzierungsmodelle. Nach einjährigem Hin- und Her mit dem Bundesbauministerium über die Erarbeitung eines Finanzierungsmodells für den Wohneigentumserwerb durch einkommensschwache Mieter in den neuen Bundesländern mit Evaluation bestehender Umwandlungsmodelle kam es zwar auf persönlichen Druck des Ministers zu Gesprächen und einer begrenzten Ausschreibung. Die Beamten „tricksten“ dann aber nicht nur das IFF sondern auch ihren Minister aus, als sie nach allen unbezahlten Zuarbeiten und Papieren sowie Erläuterungen beschlossen, das Projekt in eigener Regie durchzuführen, es sich also selbst zuerkannt haben. In der Wirtschaft gibt es für so etwas Warenzeichen und Patentschutz. In den Ministerien stattdessen den Beamtenstatus.

Auch ein agiler Wohnungsbauminister wird mit dieser Beamtenschaft, die die letzten zehn Jahre Wohnungsbau verschlafen hat, keine neuen Impulse geben können. Entsprechend widersprüchlich sind auch die Konzepte für 1996, bei denen zwar die Streichung des 10e der richtige Ansatz ist, dann aber das Disagiobetrugsmodell im Prinzip bestätigt und die Bausparprämienenerhöhung für 100.000.- DM Haushalte als Subventionsanreiz für Bauunwillige sowie als Hilfestellung für irreführende Verbraucherberatung zementiert wird. Die Wirkungen dieser Echternacher Springprozession, bei der es wieder allen recht gemacht werden soll und der Minister in Talk Shows das eine verspricht und seine Beamten das andere verteilen, sind öffentlicher Aufmerksamkeit wert.

Am 9. Januar haben wir nach fast 2 1/2jähriger Vorbereitung die erste gemeinsame Sitzung zwischen Bankern, Stadtentwicklern und Senatsvertretern und einer Gewerbetesgesellschaft über das EU-geförderte Modellvorhaben zu privaten Investitionen in Armutsgebieten. Nachdem die Volksfürsorge AG sich in ihrem drastischen Sparprogramm nach der Übernahme durch die französische AGV von dem Projekt „Social

Investment in St. Georg“ verabschiedet hat, indem es gleich ihre ganze Akademie auflöste (ein Umstand, die aus der gewerkschaftlichen Tradition geworbenen Kunden bisher wohl noch kaum zur Kenntnis genommen haben), hat sich gezeigt, daß Social Investment immer auch persönliches Engagement im Herzen eines Unternehmens und nicht in seinen Orchideen verlangt. Im Rahmen eines Projektes des Armutsbekämpfung ist das IFF zudem noch bei einem Stadtteilzentrum aktiv.

Verbraucherschutz

Die Stärke unseres Instituts liegt aber nach wie vor im Detail. Die Arbeit für die 10 Verbraucherzentralen, die inzwischen mit dem IFF über einen Servicevertrag verbunden sind, wird intensiver. Mit unseren Servicebriefen sorgen wir dafür, daß Anfragen einzelner als Schulungsmaterial sowie als Anregung für Öffentlichkeitsarbeit für alle zur Verfügung stehen. Gerade in den neuen Bundesländern hat sich dabei eine vor allem im sozialen Verbraucherschutz engagierte Aktivität entwickelt, deren Elan spürbar mehr Optimismus verbreitet. Aufklärung, Pressearbeit und regionale Zusammenarbeit der „fünfe“ kommen unserem eigenen Konzept, der Bindung von Wirtschaft an die Verantwortung für die Region, entgegen. Das ist nicht nur Zufall und Gründerelan, sondern wohl auch eine andere Tradition, die für uns alle nützlich sein wird. Daß „Kartelle“ der Verbraucher die notwendige Ergänzung des Wettbewerbs der Anbieter sind, weil nur über Kartellbildung nennenswerte Nachfragemacht für soziale Interessen entstehen können, ist eine Erfahrung der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts (die Gewerkschaftszentralen nannten sich damals Gewerkschaftskartelle) und scheint dort etwa vergessen, wo große übersubventionierte Verbraucherschutzinstitutionen in den alten Bundesländern ihre wesentliche Aufgabe darin sehen, ihresgleichen Konkurrenz bis zur Grenze der Schädigung zu machen. Dabei verträgt sich dieser Selbstschädigungsprozeß mit bürokratischem Klientelismus, Personalverflechtung und Verbalradikalismus aufs beste.

Wir verbuchen es auch als persönlichen Erfolg, daß allein die Existenz unserer Nachrechenmöglichkeiten im Programm BauFue 2.0 in der Bestimmung variabler Zinssätze, bei der Berechnung von Vorfälligkeitsentschädigung und Disagiorückstattung, bei der Errechnung eines Gesamteffektivzinssatzes für Bausparkonstruktionen und Kapitallebensversicherungskrediten überall zu neuen EDV-Programmen im Banken- und Sparkassenbereich geführt haben. Wenn eine große Hypothekenbank schreibt, sie hätten sich nunmehr ein eigenes Varioprogramm zugelegt und damit ihre Zinsanpassungen überprüft, so zeigt, auch wenn sie meinen, sie seien kundenfreundlicher gewesen als sie mußten, der Ansatz, welche volkswirtschaftlich positiven Wirkungen allein die Fernwirkung im Detail ansetzender Überprüfungsmaßnahmen hat.

Schuldenberatung

Genau in diesem Bereich setzen auch unsere Schuldenberatungsaktivitäten an. Nachdem auf Grund unserer Bemühungen zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Schuldenberatungsstellen der Sparkassen- und Giroverband die Unterstützung des Schuldenberatungsprogramms CADAS für Windows 4.0 zugesagt hat, wir die Art der Nutzung von Cadas in einer eigenen Untersuchung und auf Grund der vom Bremer zusammengestellten Kritiken neu definiert haben, arbeiten wir hart an einem Instrument, das bedienerfreundlich, überprüfend und zugleich organisierend sein soll. Durch die größtmögliche Variation von Schuldenbereinigungsplänen und -

verfahren soll ein wirksames Instrument für die möglichst außergerichtliche Schuldenregulierung entstehen. Schuldenberatungsstellen können sich wegen der Nutzungswünsche an ihre örtliche Sparkasse wenden, die dies dem DSGVO weitermeldet. Darüberhinaus wollen wir im neuen Jahr Entwürfe für Verträge über die Schuldenbereinigung erarbeiten, in denen das Machtpotential der Insolvenzordnung 1999 möglichst optimal für die Schuldner aktiviert wird und damit außergerichtlich durchhaltbare Vergleiche ermöglicht werden. Wir hoffen hier auf die Zusammenarbeit der Schuldenberatungsszene, die manchmal fein säuberlich aufgespalten in öffentliche, freie und ganz freie Träger nicht zu merken scheint, daß die gegenseitige Mißgunst ihnen die Kräfte raubt, insgesamt das Terrain für eine soziale Nutzung der Insolvenzordnung zu sichern.

Schließlich werden wir unsere Bemühungen aus Norddeutschland, einen kostensparenden und qualitätssichernden Regionalverbund zwischen Schulden- und Verbraucherberatung mit Service, Fortbildung, Ausstattung, Arbeitsteilung und Einbeziehung von Spezialwissen zu erarbeiten nunmehr in Hessen umsetzen können. Die norddeutsche Gießkannenmentalität lebt nach wie vor in der historisch eingebrannten Trennung der Ministerien zwischen Wirtschaft und Soziales fort, auch wenn die Kassen auch dort inzwischen leer sind.

Kreditkartenstudie

Zu den Detailarbeiten gehört auch die Verschuldensprävention. Für die europäische Kommission arbeiten wir an einer internationalen Studie über die Auswirkungen einer über Kreditkarten vermittelten Verschuldung auf die Konsumentenkreditkultur in Europa. Amerikanische Erfahrungen zeigen, daß die vom Kontoüberziehungskredit unabhängigen Kreditkartenkredite, die bei uns bisher nur das VISA-System anbietet, die Verschuldenskrisen unumkehrbar machen. Diese Befürchtungen stehen hinter unserer Aufmerksamkeit für das Citi-Bahn-Engagement. Sie gelten ebenso für die Berliner Bank, für Barclays Doppel und die Bank of Santander. Das neuerliche Zusammengehen von Eurocard und VISA über die gemeinsame Akzeptanz der Verrechnung lassen vermuten, daß in kürzester Zeit Banken und Sparkassen wie in Amerika ihren Kunden beide Kartensysteme anbieten werden. Dann wird aber zugleich auch das Kartengeschäft vom Girokonto abgelöst und ein System neuer Ratenkredite ohne Effektivzinsangabe, Belastungstransparenz und Konkurrenz setzt sich durch, wie wir es vor der ersten Novelle zum Abzahlungsgesetz Anfang der siebziger Jahre hatten. Kreditkarten erweitert als Telefonkarten, Chargecards und damit als allumfassender Bargeldersatz werden und sollen sich durchsetzen. Es sollen auch keine Verbote und Beschränkungen diskutiert werden. Die Branche muß aber ein Eigeninteresse entwickeln, Transparenz in ein Verfahren hineinzubringen, bei dem jeder Bürger in Zukunft mit 8 Karten im Durchschnitt durch Einschieben in Automaten unübersehbar hohen Kredit zu unbekanntesten Höchstkonditionen mit ungewissen Rückzahlungsmodalitäten erhält. Warum die Vertreter des Eurocard-Systems hier nicht kooperieren, wo sie doch eine vernünftige ausbaufähige Alternative anbieten, sondern stattdessen dem Vormarsch von VISA sowie Kundenkarten teilnahmslos zusehen, um dann auf den abgefahrenen Zug hinten aufzuspringen, bleibt ein Rätsel.

„Bankkontrolle“

Getreu unserer Konzeption werden Banken und Versicherungen auch 1996 sich gefallen lassen müssen, das wir ihre Produkte umgekehrt lesen. Zum Jahreswechsel

haben wir die BFG-Bank um Aufklärung gebeten, ob ihr kostenfreies Girokontoangebot für Lohn- und Gehaltsempfänger 1996 als erstes offizielles Diskriminierungsprodukt gegen Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Schüler und Studenten aufgefaßt werden soll. Ähnlich werden wir bei den hohen Abbrecherquoten bei Kapitallebensversicherungen und Bausparverträgen die Frage immer deutlicher stellen, ob die beteiligten Branchen tatsächlich bei den krisenbetroffenen Haushalten weiter zugunsten der Subventionsempfänger der oberen Mittelschicht abschöpfen wollen. Bausparsofortfinanzierungsangebote der Deutschen Bauspar AG in den neuen Bundesländern für Kleinstsummen über 40.000.- DM, für die wir einen Kreditzinssatz von knapp unter 10% ausgerechnet haben, gehören zu unserem BankWatch-Programm über Mechanismen des „The Poor Pay More“.

atenbank FIS

Ein Eckpfeiler unserer Arbeit ist weiterhin unsere Datenbank FIS, die nun mit über 20.000 zumeist Volltextdatensätzen alle relevanten Informationen für jeden im Finanzdienstleistungsbereich Tätigen bereithält. Über 11.000 Zeitungsausschnitte sind ein Branchenlexikon ebenso wie ein Unternehmensgedächtnis. Alle relevanten Rechtsvorschriften, viele AGBs, die EU-Richtlinien, über 2500 Nachweise der Fachliteratur mit Kurztexen sowie alle von Verbraucherverbänden produzierten Merkblätter, Presseerklärungen sowie Adressen, Zinssätze, Daten umrahmen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im Volltext und 2.800 Gerichtsurteile mit Fundstelle und Leitsätzen zu Finanzdienstleistungen. Der internationale Teil mit den Zulieferungen aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Österreich und Irland wächst allmählich an. Diese ungeheure Arbeit wird bisher zu etwa 50% von der AgV mitgetragen, die dadurch den Einsatz in den Verbraucherzentralen sichert. Darüberhinaus tragen wir die Kosten aus unseren übrigen Projekten mit, was uns unsere jährliche Finanzkrise beschert. Ab 1996 wird FIS in der Vollversion gratis an diejenigen abgegeben, die ein Jahresabo für monatlich 80.- DM bestellen. Die updates werden über Diskettenversand (dann zzgl. Versandkosten) oder ohne Zusatzkosten über Compuserve angeboten. Zumindest Bibliotheken, Banken und Sparkassen aber auch öffentliche Einrichtungen, Redaktionen und Finanzberatungsstellen könnten an der Arbeit unseres internen und externen Teams von qualifizierten Auswertern partizipieren. Wir müssen noch die Durststrecke von vielleicht 2 bis 3 Jahren bis zum vollen Ausbau des Internet überwinden, um eine adäquate Massenverwertbarkeit ohne Zusatzkosten zu erreichen. Die Zwischenstufe der CD-ROM-Lösung haben wir nach langen Verhandlungen mit verschiedenen Verlagen aufgeben müssen.

Zur Zeit ist auch die AgV-Finanzierung und damit das gesamte Projekt infrage gestellt, weil die neue Finanzpolitik im Bundeswirtschaftsministerium ihrerseits die Finanzierung der AgV unsicher macht. Dabei zeigt sich leider allzu deutlich, wie die Subventionsstreichung des Bundes für die Verbraucherzentralen letztendlich nach dem Motto des Teile und Herrsche zu teilweise unsinnigen Steuerungen des BMWi in der unabhängigen Verbraucherpolitik führen. Da werden dann Reisen im Zeitalter der elektronischen Kommunikation bis zu 2.000.- DM subventioniert, bestehende Einrichtungen verkommen, während man kostspielige Konkurrenzprodukte finanziert und das alles, weil nunmehr einige Herren in Bonn in der sogenannten Projektfinan-

zierung ihre eigenen Verbraucherschutzvorstellungen unterbringen können, der die Verbraucherszene wie Almosenempfänger gegenübersteht. Was früher auf regionaler Ebene transparent war, versinkt nun im Dunkel des Subventionsgebers. Die allmähliche ersatzlose Streichung dieser Bundesmittel wird dann kaum noch auffallen.

J-Verbraucherpolitik

Auf der EU-Ebene deuten sich ähnliche Tendenzen an. Die neue DG XXIV „Verbraucherpolitik“ wird zur Zeit durch Aufstockung und Aufwertung so wichtig gemacht, daß sie zur ständigen Zielscheibe privater Bankenverbände wird. Die Bereiche zur Konsumentenkreditrichtlinie und zur Effektivzinsberechnung, an deren Vorarbeiten das IFF beteiligt war, haben kurzsichtige Banker verstört. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben bisher noch nicht erkannt, wie sehr sie hier auch in Brüssel ein Gegengewicht bieten müßten. Bei permanenter Umstrukturierung, ständig neuen Kommissaren, und immer wieder infragegestelltem Budget besteht auch die Gefahr, daß die Finanzdienstleistungen exklusiv in die Bankenabteilung verlagert werden und der Verbraucherpolitik die Aufklärung über die Währungsunion verbleibt.

straßburg 1996

Wir werden auf unserer Konferenz in Straßburg zum Thema „Währungsunion und regionale Verantwortung der Banken und Sparkassen“ Ende September 1996 (dazu unsere Informationen auf dem Internet) die Währungsunion vor allem aber die Bedeutung des Binnenmarktes für die regionale Verwurzelung und Verantwortung aller Banken thematisieren und hoffen dabei, daß neben den Verbraucherverbänden die Bereiche, die auch beim Vorbereitungstreffen in Brüssel vertreten waren, d.h. Sozialverbände, Alternativbanken, Sparkassen, Entwicklungsorganisationen, präsent sein werden.

Neues aus dem IFF

Abschließend noch aus dem Institut ein paar Neuigkeiten. Wir haben den hauptamtlichen vom ehrenamtlichen Teil deutlicher getrennt und neben der Geschäftsführung (hauptamtlich) den Posten eines Direktors eingeführt, den ich zur Zeit ehrenamtlich bekleide. Außerdem wurde die Satzung so angepaßt, daß alle Interessierten als Fördermitglieder aufgenommen werden können, ohne daß dadurch die Politik des Instituts direkt beeinflußt werden kann. Mit der Kölner Sparkasse und der Postbank haben wir inzwischen auch zwei Banken als Fördermitglieder und hoffen, daß dies Schule macht. Der Beitrag von 200.- DM pro Jahr für Institutionen und 80.- DM für persönliche Fördermitglieder schafft auch hier Transparenz.

Im Mai hatten wir unsere Krisensitzung. Die 8 Festangestellten und die weiteren 8 Beschäftigten haben mit zeitweiligem Verzicht auf Gehaltsanpassung, mit Stundenreduzierung und durch preisorientierteres Arbeiten die Liquiditätskrise überwunden. Mit der Kostenreduzierung bei BankWatch um 2/3, einem besseren Kostendeckungsgrad bei unseren Publikationen (Herausragend dabei unser Vertrag mit rororo über eine Serie von Ratgebern zu Finanzdienstleistungen sowie Pläne für Massensoftware mit der Systema), der Chance, daß unsere bisher unbezahlten Investitionen in den Bereich „Social Investment“ zu Projekten führen und mit dem Ausbau unseres Berechnungs- und Kurzgutachtenservice in der Baufinanzierung und bei Kleinen und Mittleren Betrieben sowie der weiteren Durchführung unserer Anbieter/Verbraucherseminare (1995 hatten wir Seminare mit dem Hypothekenverband, wobei auch der

Vorsitzende Richter des XI. Zivilsenats beim BGH, Herr Schimanski, der Einladung des IFF gefolgt war, ein Seminar mit dem DSGVO über Insolvenz, Schulungsseminare mit Verbraucherzentralen und Schuldenberatern sowie einige internationale Seminare) haben wir weiter umstrukturiert und Kosten gesenkt. Personell sind wir nun auf Dauer im Bereich social Investment durch Dipl.Betriebswirt Jan Evers, MBA, verstärkt. Roland Keich, der bisher unsere Baufinanzierung betreute, geht in die Finanzierungsabteilung eines großen Wohnungsunternehmens, wo Interesse gerade an unseren Finanzierungsideen zur Umwandlung von Miet- in Eigentum besteht. Wir werden weiter in Kontakt bleiben und im Laufe des Jahres evtl. nach Neustrukturierung der Bereiche uns wieder personell verstärken. Für die Betreuung unseres Baufinanzierungsservice ist bereits gesorgt. Ob 1996 unser notorisches Bilanzdefizit behoben wird, bleibt abzuwarten. Eins ist jedoch sicher: wenn wir nur noch Dinge tun, die sich kostenmäßig selber tragen, wird der Zukunftsanteil im Institut erheblich reduziert, weil auch im sozialen Sektor heute in erster Linie die Gegenwart bezahlt wird. Damit würde aber auch ein Stück Mitarbeitermotivation entfallen.

ternet, BankWatch

Und nun noch eine wichtige Information: Sie können jetzt von uns außer in den Neujahrsbriefen und über unsere Stellungnahmen und Mitgliederrundschreiben mehr und regelmäßiger Neues erfahren. Wir sind seit Dezember im Internet unter der Adresse

<http://rzsun02.rrz.uni-hamburg.de/~hwp/iff>

mit einer eigenen homepage sowie vielen Untertiteln vertreten. Dort finden sie auch unseren Informationsdienst BankWatch als elektronische Zeitung vor, wobei die zweimonatige Erscheinungsweise fließend sein wird. Weiterhin sind wir auch über CompuServe und wer möchte auch über CarbonCopy direkt anwählbar und zwar seit September über ISDN. Doch keine Angst, das IFF wird kein Informationsvermittler für Computerfreaks. Sie finden uns weiter auf Papier, wo immer wir es bezahlen können.

Ich wünsche Ihnen im Namen von Vorstand und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFF noch einmal alles Gute für 1996 und hoffe auf mehr und interessierte Fördermitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr